

Bezugspreise
monatlich 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt 990.—
ins Ausland 100 deutsche Mk.

Verleger:
227-3111

Verl.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 20283 in Posen.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt Vertriebsstörung. Arbeitsniederlegung oder Ausberrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polen 50.— M.
Reklameteil 180.— M.
Stellen-Gesuche und
Angebote 40.— M.

Für Aufträge (Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M.
aus Deutschland) Reklameteil 36.— d. M.

Eine Erklärung des deutschen Wahlausschusses.

Die „Posener Neuesten Nachrichten“ bringen in ihrer Nr. 7065 (Sonntag, den 29. Oktober) einen Wahlaufsatz, der einen fast wörtlichen Abdruck des Leitartikels des „Posener Tageblattes“ vom Tage vorher darstellt, aber statt der Liste 2 die Liste 7, die Liste der Nationalen Arbeiterpartei empfiehlt.

Der deutsche Wahlausschuß erklärt hiermit ausdrücklich, daß die Redaktion der „Posener N. N.“ rechtzeitig eine Einladung zu der Sitzung des Ausschusses erhalten habe, in der der Beschluß gefaßt wurde, den deutschen Wählern das Eintreten für die Liste 2 zu empfehlen. Die Redaktion der „Posener N. N.“ folgte dieser Einladung nicht, erklärte sich aber gegenüber einem Beauftragten des Wahlausschusses, der ihn von dem gefaßten Beschluß Kenntnis gab, bereit, ebenfalls für die ausgegebene Parole einzutreten. Das jegliche überraschende Vorgehen der „Posener N. N.“ bereitet somit einen Unfall und eine Sabotierung des Beschlusses des deutschen Wahlausschusses, in dem sämtliche Berufsgruppen und Bevölkerungsklassen durch beauftragte Mitglieder der wichtigsten in Betracht kommenden Organisationen vertreten sind. Der deutsche Wahlausschuß bedauert, daß durch das Fehlen eines einzelnen Blattes und die eigene Politik von zwei oder drei Personen, die zum Teil mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraut sind, die Interessen und die bisherige Einmütigkeit der deutschen Bevölkerung Posens gefährdet werden, und fordert die deutschen Wähler in der Stadt Posen erneut auf, am Sonntag, dem 5. November ausnahmslos für die Liste 2 zu stimmen.

Deutscher Wahlausschuß Posen.

Zu dieser Erklärung des deutschen Wahlausschusses ist zu sagen:

Das Vorgehen der „Posener Neuesten Nachrichten“ ist in doppelter Hinsicht auf das schärfste zu verurteilen.

Was zunächst rein sachlich die Frage betrifft, was für die Deutschen wertvoller wäre, ein Eintreten für die Sozialdemokraten oder ein Eintreten für die nationale Arbeiterpartei, so hat der deutsche Wahlausschuß sich auch mit dieser Frage beschäftigt und ist in der entscheidenden Sitzung am Freitag, dem 27. d. M., zu der die Redaktion der „Neuesten Nachrichten“ eingeladen war, aber nicht erschien, zu der Überzeugung gelangt, daß eine Unterstützung der nationalen Arbeiterpartei in Anbetracht des Charakter und des Vorlesens dieser Partei, die sich schon wiederholt als deutschfeindlich erwiesen hat und zu deren Führer solche Feinde des Deutschtums wie Herr Wachowiak gehören, den deutschen Wählern nicht empfohlen werden kann. Es ist besonders zu beachten, daß dieselben „Posener Neuesten Nachrichten“, die jetzt für die nationale Arbeiterpartei eintreten, am Tage vorher in ihrem Leitartikel unter der Überschrift „Wahlgedanken“ wörtlich geschrieben: „Obwohl manchem unserer Deutschen der Gedanke, seine Stimme für die N. A. P. abzugeben, inhumaner wäre, so hat doch andererseits diese Partei bedeutend weniger Verständnis für die Rechte der Deutschen in Posen gehabt als z. B. die P. S.“

Also: eine „deutsche“ Zeitung, die heute erklärt, daß die nationale Arbeiterpartei weniger Verständnis für die Rechte der Deutschen in Posen hat als die polnische Sozialdemokratie, wagt es morgen, den deutschen Wählern das Eintreten für die von ihr selbst deutlich ablehnend gekennzeichnete Partei zu empfehlen.

Wie weit die „Posener Neuesten Nachrichten“ bis jetzt berechtigt waren, sich als „deutsches Blatt“ zu bezeichnen, mag dahingestellt bleiben — von Vielen wurde diese Berechtigung schon längst angezweifelt —, daß jetzt vor einem deutschen Charakter dieses Blattes keine Rede mehr sein kann, ist klar, nachdem die „Neuesten Nachrichten“ sich zum Mantelschlepper einer deutschfeindlichen Partei gemacht haben.

Aber nicht nur als eine unheimliche Zeitung haben sich die „Posener Neuesten Nachrichten“ erwiesen, sondern zugleich als ein Blatt, das jeder politischen Richtung und jedes Charakters ermangelt. Heute so, morgen so!

Und warum schreiben die „Posener Neuesten Nachrichten“ heute so, morgen so?

Oftener weil nach dem Erscheinen des Aufsatzes „Wahlgedanken“, der den deutschen Wählern empfahl, nicht für die nationale Arbeiterpartei, sondern für die Sozialdemokratie einzutreten, Vertreter der nationalen Arbeiterpartei mit Beweggründen, die uns natürlich unbekannt sind, Verlag und Redaktion dieses charakterlosen „deutschen“ Blattes zu bewegen verstanden, die Parole „Liste 7“ auszugeben.

Abgesehen aber von der sachlichen Verwerflichkeit des heutigen Vorgehens der „Posener Neuesten Nachrichten“ bedeutet die es Vorgehen einen völligen Mangel an Wahldisziplin und eine völlige Verständnislosigkeit dafür, daß es unbedingt notwendig ist, daß alle deutschen

Wähler in der Stadt Posen einer Parole folgen, für eine Liste stimmen, sich um ihrer selbst willen nur den Weisungen einer Stelle fügen.

Daß der Seitenprung der „Posener Neuesten Nachrichten“ den Ausgang der Sejmwahlen in der Stadt Posen in einer für uns Deutsche ungünstigen Richtung beeinflussen könnte, ist nicht zu beürchten. Dazu sind die „Posener Neuesten Nachrichten“ jetzt zu klar als unheimliche und charakterloses Blatt erkannt. Ihre Politik ist die Politik einiger Führer ohne Gefolge, einiger Führer, hinter denen niemand steht. Zu bedauern aber ist das falsche häßliche Bild des hiesigen Deutschtums, das Bild der Entzweiung und Zersplitterung, das auf diese Weise wieder einmal in Erscheinung tritt. Es ist ein falsches Bild, denn das Deutschtum hat mit den „Posener Neuesten Nachrichten“ und ihrer Sonderpolitik nichts zu tun, und die deutschen Wähler in der Stadt Posen werden am Sonntag, dem 5. November, um ihrer selbst willen einmütig und geschlossen

für die Liste 2

stimmen.

Ob die zwei oder drei Herren, die die Redaktion und den Verlag der „Posener Neuesten Nachrichten“ darstellen, sich das besondere Vergnügen machen werden, mit der nationalen Arbeiterpartei mitzulaufen und für sie zu stimmen, ist demgegenüber völlig belanglos.

Minderheitenblock und Loyalität.

Was ist Loyalität? Zu dieser Frage schreibt der Abgeordnete Gortas in den Warschauer „Nowiny Codziennie“ im Zusammenhang mit der Arbeit des Minderheitenblocks:

„Diese Frage stellen wir uns nicht deswegen, weil die reaktionäre Presse uns Loyalität vorwirft. Diesen Herren ist alles illegal, was ein Angehöriger des Minderheitenblocks unternimmt. Wir stellen uns die Frage deshalb, weil sie sich jeder Staatsbürger vorlegen muß, der irgend einen politischen Schritt unternimmt. Wir antworten darauf: Zwischen dem Minderheitenblock und der staatlichen Loyalität gibt es keinen Widerspruch. Die Gründung des Minderheitenblocks ist ein Akt vollständiger Loyalität.“

Kein einziger ehrlicher polnischer Politiker denkt anders darüber. Daß der Minderheitenblock illegal sei, behaupten vorwiegend Leute mit mehr oder weniger rein polnischen Namen, die erst unlängst „Polen“ geworden sind, zum Teil aber schon jetzt angewiesen wurden, in der „außenwärtigen“ Partei mitzuschwimmen. Wenn dies jedoch rechtsstehende polnische Politiker behaupten, so tun sie es nur ihrer eigenen Politik wegen, um die Masse zu bluffen, da ihnen dies das augenblickliche Geschäft so diktiert. Doch wenn sie sich gegenseitig anschauen, so lachen sie sich spitzbösig an.

Als in Rußland lokale Wahlblocks der verschiedenen Minderheiten entstanden, hat ihnen außer den „wahrhaft russischen Leuten“ vom Schlage Burischkiwitsch niemand Loyalität vorgeworfen. Wir sind der Meinung, daß die polnische Gesellschaft ebenfalls aus anderen, als nur aus Leuten vom Schlage Burischkiwitsch besteht.

Was könnte der Block Illegalen an sich haben? Wir erwähnen nur beiläufig, daß der Block — wenigstens vorläufig — rein technischer Natur ist, der darauf hinarbeitet, durch gemeinsame Abstimmung das Unrecht gutzumachen, welches uns Vater Autoklowski und Professor Bugel mit Hilfe der unheimlichen Wahlordnung und den darin enthaltenen Kombinationen angetan haben. Dies sei nur beiläufig erwähnt, da wir der Ansicht sind, daß durch die Erhaltung der gegenwärtigen Gestalt des Blocks auf dem Gebiete der Sejmarbeit gegen die Loyalität nicht gesündigt wird.

Was verbindet die Mitglieder des Blocks? Beiläufig der Umstand, daß die nationalen Minderheiten nicht wollen, daß ihnen ein Unrecht geschehe, weil sie wollen, daß die Stimme der Minderheit gehört werde, damit Polen so aufgebaut werde, daß auch die Bedürfnisse der Minderheiten berücksichtigt, deren kulturelle Entwicklung und wirtschaftliches Wohlergehen gesichert werden, damit jegliche Bedrückung schwinde und jede zwangsweise Entnationalisierung aufhöre; mit einem Wort, damit die Grundsätze der Staatsverfassung vom 17. März und des Versailler Friedenstraktes nicht nur auf dem Papier stehen. Soll dies vielleicht ein Verbrechen sein? Kann nicht jeder ehrliche Pole es verstehen, daß nur unter Berücksichtigung dieser Bedingungen die polnischen Minderheiten, die 40 Prozent der gesamten Einwohnerzahl des polnischen Staates ausmachen, zufriedengestellt werden können? Und die Befriedigung der 40 Prozent Einwohner ist unbedingt notwendig, um die Existenz der polnischen Republik zu sichern, woran es den übrigen 60 Prozent der Einwohner doch liegen mußte, denn das Bestehen und die Entwicklung der polnischen Republik bedeutet doch auch die Zunahme der Macht des polnischen Volkes.

Alle Minderheiten stehen heute auf der Grundlage der polnischen Staatlichkeit. Es ist Sache einer verständigen polnischen Politik, keine Gespenster zu schaffen, die die Minderheiten bedrängen. Die Minderheiten dürfen von der Mitarbeit nicht abgehalten, sondern ihnen müssen dieselben Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden, die ihren kulturellen Bedürfnissen entsprechen. Sie dürfen nicht die Notwendigkeit empfinden, eine Kredenta zu schaffen. Wir wollen keine Kredenta. Vater Autoklowski hatte die Absicht, sie zu begründen — wir neutralisieren seine Bestrebungen. Wer ist somit loyaler?

Kredenta? Kann man denn im Sejm Kredenta-Arbeit leisten? Eine staatsfeindliche Tätigkeit kann nur außerhalb des Sejms getrieben werden. Vater Autoklowski wollte die Minderheiten außerhalb des Sejms arbeiten lassen, d. h. diese Arbeit auf das Gebiet der Kredenta stoßen. Der Minderheitenblock zieht diese Arbeit in den Sejm hinein, schiebt sie auf das legale Gebiet, wagt sie in den Rahmen der allgemein-staatlichen schöpferischen Arbeit. Der Block ist nur für den Sejm da. Außerhalb des Sejms gehen andere Wege auseinander.

Jeder Block entsteht auf Grund eines Mindestprogramms, mit welchem sich alle seine Mitglieder einverstanden erklären können. Wie sehen unsere Forderungen aus? Tatsächliche Anwendung der Bestimmungen der Verfassung und des Versailler Traktes und Schaffung einer vollständigen kulturellen Autonomie. Ist auch dies illegal?

Achtung, deutsche Wähler der Stadt Posen!

An den beiden Wahltagen, am 5. November und am 12. November, sind in der Stadt Posen folgende Auskunftsstellen eingerichtet:

1. Gemeindefaß der Kreuzkirche Grobla 1, für Stimmbezirk 1—9 und 15—21.
2. Gemeindefaß der Petrikirche, sw. Józefa 2, für Stimmbezirk 10—14, 33—38.
3. Geschäftsstelle des Deutschen Wahlausschusses Waty Leszczyńskiego 2 für Stimmbezirk 22—32.
4. Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes“, ul. Zwierzyńska 6, für Stimmbezirk 68—70, 77.
5. Gemeindefaß der Matthäi-Kirche, ul. Wierzbicice 45, für Stimmbezirk 39—53.
6. Gemeindefaß der Christuskirche, ul. Spokojna, für Stimmbezirk 54—67.
7. Gemeindefaß der Lukasikirche, ul. Szamarzewskiego, für Stimmbezirk 71—76 und 78—85.

Diese Auskunftsstellen sind an den Wahltagen in der Zeit von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends geöffnet.

Dort sind Stimmzettel zu haben! Dort werden alle Auskünfte über die Wahlen gegeben!

Deutscher Wahlausschuß Posen

Waty Leszczyńskiego 2.

Korjanty wird von polnischen Sozialisten verprügelt.

Korjanty tut immer so, als ob er Vertreter des ganzen obereschlesischen Volkes wäre. Bei allen Gelegenheiten, Einmischungen, Empfindungen und ähnlichen Veranstaltungen drängt er sich vor, um seine Reden zu halten. Immer hat er es versucht, gerade die obereschlesischen kleinen Leute, die Arbeiter und Bauern, durch lügerische, übertriebene Versprechungen für sich zu gewinnen. Er heuchelte diesen Leuten vor, daß er ihr größter Freund sei, daß er der einzige sei, der ein Herz für ihre Wünsche und Nöte habe. In Wirklichkeit aber ist Korjanty ein Kapitalist, ein Ausbeuter der Arbeiter, der Millionen-einkünfte aus den staatlichen Bergwerken bezieht. In der letzten Sitzung des schlesischen Sejms wurde ihm vorgehalten, daß die Einkünfte der Kohlenkonzerne in Oberschlesien in anormaler Weise wachsen, während die Arbeiterlöhne trotz der steigenden Preise für Lebensmittel sich auf einer ziemlich niedrigen Stufe halten.

Daß die Einsicht von der Heuchelei und dem Betrug Korjantys in den Arbeiterkreisen endgültig durchgedrungen ist, beweist ein Überfall, der von Mitgliedern beider Arbeiterparteien in Oberschlesien auf den „großen schlesischen Nationalhelden“ verübt wurde. Wie jede Anwendung von Gewalt, ist natürlich auch dieser Überfall verwerflich. Aber dies Ereignis zeigt, daß die Entwicklung des Volksmeinung eine Richtung genommen hat, die wir nur mit Genugtuung begrüßen können. Der gesunde Sinn des obereschlesischen Volkes wendet sich ab von dem Hezer und Lügner Korjanty. Er, der als großer Patriot, Nationalheld und Volksmann ausgegeben wird, er, der von der Hyänen-Partei sogar auf den Sessel des Ministerpräsidenten gehoben werden sollte, er, mit dessen Namen die Liste 8 überall Anhänger zu fangen sucht, er ist von den obereschlesischen Arbeitern, d. h. den Leuten, die zahlenmäßig den größten Bestandteil des „Volkes“ darstellen, verprügelt worden.

Zu der Zeit, als Korjanty auf den Sessel des Ministerpräsidenten erhoben werden sollte, wandte sich im Hauptausschuß des Sejm der sozialistische Abg. Dąbski aufs schärfste gegen den „großen Patrioten“ und bezichtigte ihn öffentlich des Mordversuchs an dem Geistlichen Pospiech. Als Bezeugen führte er mehrere Minister an. Durch einen Offizier wurde der Versuch Korjantys, Leute zur Ermordung seines Gegners zu bringen, vereitelt. Zahlreiche Blätter gaben damals diese Anklage wieder, darunter auch das „Posener Tageblatt“. In der „Pravda“ dem Posener Organ der Nationalen Arbeiterpartei, wurde in einem längeren Artikel auf diese Anschuldigungen hingewiesen und von Korjanty und dem Nationalen Volksverbande, der seine Kandidatur vertrat, Rechenschaft und Aufklärung verlangt, was eigentlich an diesen Anschuldigungen Wahres sei. In der hyänenischen Presse herrschte aber eine Totenstille, nicht ein Wörtchen wurde zu diesen schweren Anschuldigungen geäußert. Erst jetzt, nach so langer Zeit, wird es Korjanty zu arg. Er erhebt plötzlich Anklage gegen die „Gazeta Robotnicza“ wegen dieses Vorwurfs. Auf den Verlauf dieses Prozesses und den Ausfall des Urteils kann man gespannt sein.

Aber die Verprügelung Korjantys schreibt der Rattowitzer „Wolkswille“:

„Was Ihr säet, das werdet Ihr ernten! An die Wahrheit dieses Sprichwortes muß man denken, wenn man die „Grenzzeitung“ liest, in der mit großem Weggeschrei gemeldet wird, daß Korjanty von seinen lieben Oberschlesiern verbannt wurde. Dieses Ereignis der ausbleibenden Gerechtigkeit trug sich folgendermaßen zu: Am letzten Dienstag wollte Korjanty in Ober- und Mittel-Lasitz wieder eine seiner berühmten Wahlreden halten. Nachdem er

in Ober-Lasitz etwa 20 Minuten gesprochen hatte, war es seinen Zuhörern zu viel. Sie drängten nach dem Rednerpult, um ihn zu sehen und schoben ihn aus dem Saal heraus, wobei es nicht ohne Schläge und Prügelei abging. In Mittel-Lasitz kam Korfany erst gar nicht zu Worte. Er mußte sofort aus dem Saal in ein Gastzimmer flüchten, wo er über eine Stunde belagert wurde, bis ihn die Polizei endlich aus seiner unangenehmen Lage befreite. Unterdessen mußte Korfany's Sohn für den Vater büßen. Der arme Junge, der draußen im Automobil (mit der proletarischen Eisenbahn fährt Korfany nicht) wartete, wurde blutig und blau geschlagen. Die „Grenzzeitung“ nennt das einen Vorgriff auf den kommenden sozialistischen Kultur. Sie scheint ganz vergessen zu haben, wie die Kultur Korfany's bisher ausgesehen hat. Wir wollen gar nicht von den Mißhandlungen Deutscher sprechen, sondern nur an die skandalösen Vorgänge, die sich aus Anlaß der P. P. S.-Demonstration in Kattowitz ereigneten erinnern. Damals wurden friedlich demonstrierende Arbeiter von den Anhängern Korfany's in seinem Namen geschlagen, beschimpft, verwundet und sogar getötet. Wenn diese einmal den Spieß umdrehen, so darf sich der Urheber dieser „Kultur“ nicht darüber wundern.

Republik Polen.

Genaue Fassung der neuen Devisenvorschriften.

Durch die Verfügung des Finanzministers vom 3. d. Mts. gelten vom 30. Oktober ab in den Devisenvorschriften folgende neue Bestimmungen: 1. Devisenbanken ist es gestattet, Auslandsdevisen und Valuten an Privatpersonen und Firmen für Reisekosten nach dem Ausland bis zu 1000 Schweizer Franken oder gleiche Werte in anderen Valuten einmalig für jede Person mit einer speziellen Quotation auf dem Auslandspasse bzw. im Falle einer Reise in das Gebiet der Freizugsstadt Danzig auf dem Personalausweis, im letzteren Falle jedoch nicht häufiger als einmal im Monat, zu verkaufen. 2. Die Ausfuhr von Devisen und Valuten, die nicht aus Käufen in Devisenbanken herrühren, ist ohne Genehmigung bis zu 1000 Schweizer Franken oder gleichen Werten in anderen Auslandsvaluten gegen Vorzeigung des Auslandspasses bzw. des Personalausweises bei einer Reise nach Danzig gestattet. 3. Die Ausfuhr polnischer Mark in bar, in Scheids, Überweisungen oder kaufmännischen Verpflichtungen ist ohne besondere Genehmigung bis zu 100 000 Mark einmalig für je eine Person gestattet, jedoch mit der Einschränkung, daß die Gesamtsumme des von einer Person ausgeführten polnischen Geldes im Laufe eines Monats nicht 300 000 polnische Mark überschreiten darf. Genehmigungen für die Ausfuhr von höheren Summen erteilt die Polnische Landesbankkassette und ihre Zweigstellen bzw. das Finanzministerium oder die von ihm dazu bestimmten Organe.

Der Vertrag Polens mit Südslawien.

Außer der Klausel der Meistbegünstigung enthält der polnisch-südslawische Vertrag folgende Bestimmungen: Außer der Einfuhr von Mineralien, wie Mangan, Quarz, Chromit und Schwermetallen aus Südslawien ist Polen mit der Einfuhr von Wein aus Südslawien innerhalb der Grenzen des Verbrauchs im Lande einverstanden. Polen verpflichtet sich seinerseits, nach Südslawien Güter innerhalb der Grenzen des von der polnischen Regierung bestimmten Kontingents auszuführen, ferner dazu, im Laufe von 6 Monaten, vom Tage der Ratifizierung gerechnet, nach Südslawien 500 Zisternen Rohpetroleum unter der Bedingung auszuführen, daß Südslawien in polnischen Raffinerien bis zu 1000 Waggons Petroleumprodukte laßt.

Drei polnisch-französische Verträge auf der Tagesordnung.

Auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Session des französischen Parlaments befinden sich drei polnisch-französische Vertragsprojekte: 1. Das Projekt des Gesetzes über die polnisch-französische Handelskonvention; 2. der Gesetzentwurf über die Rechte und Interessen von Privatpersonen; 3. das Projekt der Petroleumkonvention.

Polen und die russisch-französische Annäherung.

In der Warschauer Presse wird lebhaft viel das Problem erörtert, welche politischen Folgen die französisch-russische Annäherung für Polen haben könne. So schreibt „Kurier“, Polen befände sich durch die französisch-russische Annäherung in der dringenden Gefahr der politischen Isolierung. Der einzige verständige Ausweg sei eine gerechte und befriedigende Lösung der Frage der nationalen Minderheiten in Polen und dann der Versuch eines Ausgleichs und der Verständigung mit Deutschland.

Das Labyrinth der Jaworzyna-Verhandlungen.

Die Jaworzyna-Frage ist in die Schlupfhase eingetreten. Der Vorkommission hat die Beschlüsse der Grenzfestsetzungskommission dem Rechtsausschuß überwiesen, der seinerseits begutachten soll, daß die Befugnisse der Grenzfestsetzungskommission ausreichend waren. Nach Beendigung der Arbeiten des Rechtsausschusses kommt die Jaworzyna-Frage auf die Tagesordnung der Beratungen des Vorkommittes, der in dieser Frage das endgültige Urteil fällen wird. Es ist zu erwarten, daß eine für Polen günstige Lösung in kurzer Zeit zustande kommt. Der französische Delegierte des Vorkommittes, dessen Meinung sehr einflußreich ist, wird nach der Meinung der polnischen Presse sicherlich eine Benachteiligung Polens, des Verbündeten Frankreichs, nicht zulassen. — Ganz sicher ist das an sich nicht, denn auch bei der letzten Entscheidung in Sachen der Ansiedler und der Staatszugehörigkeit war ein Franzose beteiligt. In der Jaworzyna-Frage liegt allerdings das bessere Recht ganz entschieden auf polnischer Seite.

Der Bandenkrieg in Ostgalizien.

Warschau, den 28. Oktober. Wie der „Przeglad Wierzytny“ meldet, hat der Ministerpräsident am Donnerstag eine Abordnung der Partei der nationalen Rechten, bestehend aus Dr. Leopold Jaworski und Graf Jerzy Baworowski, empfangen. Die beiden Delegierten gaben ihm eine erschöpfende Darstellung der Lage in Ostgalizien. Der Ministerpräsident erklärte den Delegierten bezüglich der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Ostgalizien, daß alle Maßnahmen getroffen worden sind, um die Ruhe zu sichern. Insbesondere ist die russisch-polnische Grenze gesichert worden, um keine Banden auf die polnische Seite zu lassen, beginnend von Banden, die schon durchgekommen sind, zu fangen. Die Besichtigung verhält sich im allgemeinen (sich) ruhig und kommt häufig (sich) den Behörden bei der Verfolgung der Banden zu Hilfe. Die getroffenen Maßnahmen geben die Gewähr, daß die Banden im Laufe einiger Tage kassiert sein werden (hoffen wir es). Die (sich) und die Bestreitung von Unruhen schwindet.

Eine ostgalizische Abordnung in Warschau.

In Warschau weilte die erste Abordnung der ostgalizischen Bevölkerung unter Führung des Fürsten Czartoryski, um bei der Regierung über die Notwendigkeit erhöhter Abwehrmaßnahmen gegen die Sabotage, den Terror und das Bandenwesen in Ostgalizien vorzutragen. Die Regierung versicherte, daß die getroffenen Maßnahmen ausreichen, um die Ruhe wieder herzustellen und den ruhigen Verlauf der Wahlaktion zu garantieren.

Aufhebung der Vergünstigungsfahrkarten.

Die Oberste Staatliche Kontrollkammer wandte sich an das Eisenbahnministerium mit der Forderung, auf Einschränkung der Vergünstigungsfahrkarten für die Eisenbahnen. Die übermäßige Ausnutzung dieser Fahrkarten durch das Eisenbahnpersonal habe für den

Staat bedeutende Verluste zur Folge. Nach genauen Berechnungen der Kontrollkammer belaufen sich diese Verluste für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis Mai 1922 auf 1.4 Milliarden Mark. Außerdem aber werde auch der Privatpassagierverkehr in erheblichem Maße behindert.

Parrer Osk wird der geistlichen Würde entkleidet.

Von dem Tribunal der Bischöfe in Poznan, dem der bisherige Pfarrer Osk, zeitweilig zu Disposition gestellt, unterstellt ist, wurde nach vorangegangener kanonischer Prozedur nachstehendes Urteil gefällt: Der Pfarrer Eugeniusz Osk wird des Rechtes zum Tragen von geistlichen Gewändern, des geistlichen Kollars und der Konfession für verlustig erklärt, und zwar infolge seines ihm nachgewiesenen unmoralischen Lebenswandels seit mehreren Jahren, der Ausbeutung der Volkseele und unlegalen Taten sowie der Anfechtung gegen die geistlichen Behörden.

Wenn nicht Pilsudski — dann Witos.

Der Abgeordnete Moraczewski erklärte nach seiner Rückkehr aus Amerika einem Vertreter des „Kurier Polski“, daß die Linke falls sie aus den Wahlen scheidet hervorgehen sollte, woran sie nicht zweifelt, zum Präsidium der Republik einzog und allein Pilsudski wählen wird. Ob aber Pilsudski die Kandidatur annehmen wird, darüber besteht noch Zweifel. Sollte Pilsudski aber ablehnen, so wird seitens der Polnischen Sozialistischen Partei die Kandidatur des Abgeordneten Wincenty Witos in den Vordergrund und gerückt werden.

Die Unparteilichkeit des Oberwahlkommissars.

Nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur hat der Oberwahlkommissar vor einiger Zeit an die Vorsitzenden der Wahlkommissionen ein Schreiben gerichtet, dessen erster Absatz lautet: „Die Vorschriften des Artikels 9 der Sejmwahlordnung betreffen Verteilung der Mandate in den einzelnen Wahlen bereitet bei der Ausführung Schwierigkeiten, wenn man den Wahlgang nicht praktisch erklärt. Ich habe mir erlaubt, in dieser Hinsicht Bemerkungen zu machen und Beispiele anzuführen, die in dem anonym herausgegebenen Büchlein „Wyborcy“ (Wahlen) angeführt sind. Das Büchlein ist geschrieben von Rutkowski, dem Chef der Abteilung des Innenministeriums.“ „Robotnik“ schreibt dazu: „Wir besorgten uns dieses Büchlein, das sehr warm durch Brzeczewicz empfohlen wurde, es kostet 360 Mark und enthält 96 Seiten, für unsere Zeiten außerordentlich billig! In dieser Broschüre wird Propaganda gemacht nur für die „Chena“ (Nationaldemokraten) und es wird z. B. auf Seite 45 Gott dafür gedankt, daß Pilsudski hier und dort Mißerfolge hatte. Wir würden uns mit dieser elenden Broschüre nicht weiter befassen, wenn sie nicht durch den Oberwahlkommissar empfohlen wäre. Also ein Staatsbeamter, der über die Wahlordnung zu machen habe, gibt ein elendes nichtswürdiges Pamphlet heraus, worin er alle anderen Parteien angreift und den Staatschef verurteilt. Ein anderer Staatsbeamter aber, der im höchsten Maße unparteilich sein soll, der die Wahlordnung über die Wahlen hat, empfiehlt dieses Büchlein in einem offiziellen Schreiben.“

Die Auswanderung nach Amerika.

Der Innenminister sandte an die Wojewoden und Regierungskommissare ein Rundschreiben folgenden Inhalts: „Aus den durch das Auswanderungsamt des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Fürsorge erhaltenen Angaben des Konsulats der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Warschau geht hervor, daß die Zahl der von Auswanderern erteilten Visa, die für Polen für das Auswandererjahr 1922/23, das heißt bis zum 1. Juli 1923, bestimmte Visa den Auswanderern bereits übersteigt. Aus diesem Grunde ordnet das Ministerium an, daß die Konsulate vom Tage des Empfanges dieses Rundschreibens ab gänzlich aufhören sollen: 1. Auswanderern „Affidavits“ zur Abstempelung im Auswandereramt entgegenzunehmen; 2. neue Auslandsvisa für die Vereinigten Staaten von Nordamerika auszustellen; 3. Visa zur Fahrt nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, auch wenn sie von Konsulaten im Inlande oder polnischen Konsulaten in den Vereinigten Staaten ausgestellt sind, zu verlängern. Ausgenommen sind: a) Auswanderer, deren Affidavits dem Auswanderungsamt noch vor Empfang dieses Rundschreibens überreicht und von demselben bereits gestempelt worden sind; b) besondere Fälle, wenn das Auswanderungsamt sich an das Konsulat um Verlängerung oder Verlängerung eines Reisepasses für die Vereinigten Staaten wendet. — Wer die Vermittlung des Auswanderungsamtes zur Ausfuhr oder Verlängerung eines Passes für sich beanspruchen will, muß sich unmittelbar an dieses Amt wenden. Was diejenigen Personen betrifft, die nicht zur Klasse der Auswanderer gehören und den Auswanderungsbestimmungen nicht unterliegen (wie zum Beispiel Ärzte, Künstler, Kaufleute usw.), so können ihnen die Visa gleichfalls nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis des Auswanderungsamtes, an das sie sich unmittelbar wenden müssen, ausgestellt werden.“

Vorgehen gegen deutsches Eigentum.

Der Besitzer Gottlieb Jahn schreibt in den in Bromberg erscheinenden „Deutschen Nachrichten“:

„Am 11. März 1920 kaufte ich durch notariellen Vertrag das im Kreise Bromberg in Deutsch-Kruschin gelegene freie Grundstück Nr. 86 und 129 von Herrn Kell in Größe von 21 Morgen zum Preise von 44 000 Mark. — Obwohl ich einwandfrei polnischer Staatsbürger bin, hat der Oregowh Urząd Ziemi den Vertrag aus mir unbekannten Gründen nicht genehmigt. Der Oregowh Urząd Ziemi forderte mich mehrfach auf, das Grundstück sofort anderweitig an einen Polen zu verkaufen. Ich habe auf das viele Drängen hin nun mein Grundstück an Frau Anna Tella verkauft. Der Kaufvertrag wurde bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Wandel abgeschlossen, und nach diesem Verträge sollte Frau Tella mir die Kaufsumme am 28. März bezahlen. Frau Tella weigert sich, nachdem sie im Besitz des Grundstücks ist, mir das Geld auszuhändigen, und sagt, daß der Powiatowy Urząd Ziemi (Bromberg) ihr Weisung gegeben hätte, das Geld nicht zu bezahlen. Wie ich deshalb beim Pow. Urz. Ziemi vorstellte, wurde mir geantwortet, daß ich danach nicht zu fragen hätte. Mir wurde jedoch eine Bescheinigung ausgestellt, daß auf Grund des Sejmgesetzes vom 14. Juli 1920 die Parzelle Kruschin-Krauszt „Ansiedler Gottlieb Jahn“ eingeschrieben ist als Eigentum des polnischen Fiskus und wenn ich die Stelle nicht freiwillig verlassen würde, so würde Ermittlung kraft eines Gerichtsurteils erfolgen.“

Obwohl ich überhaupt kein Ansiedler bin und ich ein freies Grundstück gekauft habe, erhalte ich eine derartige Bescheinigung.

Ich frage hierdurch, durch welche Behörde ich zu meinem Recht komme? Da mir nach der polnischen Verfassung das gleiche Recht wie jedem anderen polnischen Staatsbürger zusteht, frage ich an, weshalb der Oregowh Urząd Ziemi mir die Genehmigung zum Kauf des Grundstücks versagt hat. Etwa, weil ich polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität bin? Andere Gründe dürften wohl nicht vorliegen.“

In der polnischen Denkschrift an den Völkerbund ist gesagt, daß bei Auflassungs- und Kaufangelegenheiten die Deutschen nicht anders behandelt wurden, als die Polen. Der vorstehende Bericht ist wieder ein typisches Beispiel dafür, wie es in der Praxis aussieht.

Der Minister für Handel und Industrie in Krakau.

Am Sonnabend von 9 Uhr ist der Leiter des Ministeriums für Handel und Industrie, Straßburger, in Krakau eingetroffen und hat eine Konferenz mit dem Chef der Industrieabteilung abgehalten. Dann empfing er die Reiteranten der Industrieabteilung der Wojewodschaft, den Starosten Kowalikowski, die Mitglieder der Vereinigung „Zempol“. Der Direktor der staatlichen Salzwerke, eine Deputation der Bergleute und Beamten der staatlichen Salinen in Wieliczka, die Salineningenieure, eine Delegation von Salinenarbeitern, sowie eine Reihe von Privatpersonen in Audienz. Nach den Audienzen stattete der Minister hervorragenden Persönlichkeiten in Krakau Besuche

ab. Danach begab er sich zu einem vom Stadtpräsidenten Jędrzejewski zu seinen Ehren gegebenen Frühstück.

Personalmeldungen.

Der Staatspräsident ist nach den Grenzmarken gereist. Er wird auf seiner Reise in Pinsk Halt machen, um dort an den Feierlichkeiten der Einweihung der Standarten der dort stationierten Truppen teilzunehmen.

Dem polnischen Delegierten beim Völkerbund, Prof. Szymon Askenazy, hat der französische Gesandte Panafieu am Donnerstag die Kommandeursabzeichen der Ehrenlegion überreicht.

Fürst Ferdinand Radziwill, der Senior der Radziwill's, hat am 10. d. Mts. sein 88. Lebensjahr vollendet.

Auch der „Kurier Warszawski“ erklärt, daß Polen am Fortschreiten der Dresdener Verhandlungen interessiert ist. Der „Kurier Warszawski“ bespricht in einem Leitartikel die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden. Das Blatt führt die wichtigsten Fragen an, und zwar die Angelegenheit der Kresenoten, der Invalidenrenten im ehemals preussischen Teilgebiet, die Frage der Archive und Akten, und schreibt dazu: „Wir brauchen es nicht zu betonen, daß Polen an einem schnellen und günstigen Tempo der deutsch-polnischen Verhandlungen lebhaft interessiert ist, und daß wir von ihnen Vorteile erwarten. Wie bekannt ist, fordert unsere Regierung hier nichts anderes als nur die Durchführung der früheren Verträge. Die Grundlage der allgemeinen Politik, die gleichfalls in Dresden berührt werden soll, bleibt jedoch der Grundsatz: do ut des.“

Neue Postämter im Osten. Das Post- und Telegraphenministerium hat in letzter Zeit ein besonderes Augenmerk auf die Postangelegenheiten in den Ostmarken gerichtet. Um den örtlichen Anforderungen Genüge zu leisten, eröffnet das Ministerium ständig neue Postämter und Agenturen. Im ganzen sind bisher 91 neue Postabteilungen eröffnet worden.

Neue Gehaltstabelle. Im Finanzministerium finden Beratungen über die im Gele über die Besoldung der Staatsbeamten und unteren Staatsfunktionäre vorgelegene neue Gehaltstabelle. Diese Tabelle ist während den Beratungen einer neuen Revision unterzogen worden und soll beträchtliche Änderungen erfahren.

Der Sedatprozeß.

Vernehmung des dritten Angeklagten.

Lemberg, 27. Oktober. Am vierten Verhandlungstage wurde nach beendeter Vernehmung des Angeklagten Sztyl der dritte Angeklagte Dymitry Paljew vernommen. Paljew ist derjenige, der an der Verurteilung, die darüber entschied, wer den Anschlag verüben sollte, teilgenommen hat. Nach dem Wortlaut der Anklage sollte Paljew im Falle des Mißlingens des Anschlages Sedat zur Flucht verhelfen und den Anschlag selbst ausführen. Paljew bestritt alles und erklärte, daß er nicht auf dem Werke gewesen sei und von dem Anschlag erst im Ca 6 erfahren habe. Die Verhandlung dauert weiter.

Wojewodschaft Schlesien.

Der Dienstweg bei Beschwerden an das Minderheitenamt.

Der „Oberschlesische Kurier“ bespricht den Antrag des deutschen Abg. Meher über die Bildung eines Amtes für die nationalen Minderheiten, der vom ober-schlesischen Sejm angenommen wurde, begrüßte den Beschluß mit Befriedigung und erörtert in einem längeren Artikel den Wortlaut des § 148 des Gesetzentwurfes, wo die Bildung dieses Amtes vorgesehen ist. Das Blatt betont, daß Beschwerden gegen die Behandlung der Minderheiten des einen oder des anderen Teils Oberschlesiens erst die Verwaltungsinstanzen des Landes, in dem sich die betreffende Ortschaft befindet, durchgehen müssen. Der § 148 gestattet die Einreichung von Protesten an das Minderheitenamt erst dann, wenn die beschwerdeführende Partei den Beweis erbringt, daß ihre Klage bei den Regierungsfaktoren keinen Erfolg gehabt hat. Dann erst kann sich das Minderheitenamt an seine Regierung mit der Bitte um Intervention wenden. Falls auch das von keinem Erfolg begleitet sein sollte, wendet sich das Minderheitenamt an das Präsidium der gemischten Kommission. Ohne Beachtung dieses Dienstweges kann sich keiner der genannten Faktoren mit den eingereichten Klagen in amtlichem Charakter beschäftigen.

Die Orientfrage.

Franklin Bouillon wird nicht an der Friedenskonferenz teilnehmen.

Paris, 29. Oktober. (Telunion.) Die Abendblätter veröffentlichten einen Brief Franklin Bouillons an Poincaré, worin er an seine Vermählungen erinnert, einen Konflikt zu verhindern, indem er dem Geiste des Desinteresses und des Friedens, der die französische Politik charakterisiert, treu bleibe. Angeht die Krisis der englischen Lage und der Angelegenheit der englischen Presse, glaube Franklin Bouillon das Angebot ablehnen zu müssen, Frankreich auf der Orientfriedenskonferenz zu vertreten. Poincaré erwiderte in seiner Antwort seine Glückwünsche für das im Orient erreichte Friedenswerk.

Demission des Anzora-Außenministers.

Paris, 28. Oktober. (Telunion.) Der Außenminister Dussuf Kemal demissionierte aus Gesundheitsrücksichten. Riza Nur nimmt als Nachfolger die Geschäfte vor.

Amerika und die Orientkonferenz.

Amsterdam, 28. Oktober. (Vol. Anz.) Aus London wird gemeldet: Der Vorschlag Lord Curzons an Poincaré die Vereinigten Staaten zur Orientkonferenz einzuladen, ist von Quai d'Orsay genehmigt worden und eine entsprechende Note nach Washington bereits unterwegs.

Einladung Griechenlands zur Konferenz nach Lausanne.

Athen, 28. Oktober. Die Vertreter der alliierten Mächte haben dem Außenminister die Einladung zur Friedenskonferenz in Lausanne übergeben. Auf der Konferenz wird Griechenland außer durch Benizelos durch Romanos, Kalamanos und Magaralis vertreten sein.

Räumung Mesopotamiens und Palästinas durch England.

Amsterdam, 29. Oktober. Nach der „Daily Mail“ soll Bonar Law beabsichtigen, Mesopotamien und Palästina zu räumen. Er werde von dem konservativen Kabinett die Unterstützung seiner Forderung verlangen.

Danziger Kurse vom 30. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig 32

Der Dollar in Danzig 4300

Tendenz: fester.

Achtung, deutsche Wähler!

Die Stimmzettel und die Merkblätter für die Vertrauensleute sind verteilt.

Sollten einzelne Gemeinden noch nicht im Besitz dieses Materials sein, so bitten wir dies sofort vom nächsten Kreisgeschäftsführer des Deutsch-ungarischen Anzweierverbandes, gegebenenfalls von unserer Geschäftsstelle Poznań, Wały Leszczyńskiego 2, abzuholen.

Der Stimmzettel kann auch selbst hergestellt werden. Man braucht nur auf ein 10 cm langes und 8 cm breites weißes Blatt Papier die Zahl 16 mit Tinte zu schreiben (für die Wähler der Stadt Posen für die Wahlen am 5. November natürlich die Zahl 2).

Niemand kann also eine Wahlunterlassung damit entschuldigen, er sei nicht rechtzeitig in den Besitz eines Stimmzettels gekommen!

Deutscher Wahlauschuss Posen, Wały Leszczyńskiego 2.

Deutschland und die Entente.

Der drohende Zusammenbruch Deutschlands.

Aus London wird gemeldet: Infolge der fortgesetzten Markentwertung werden auch auf der Entente-Seite Stimmen laut, die die Notlage Deutschlands in ihrer ganzen Schwere erkennen. So erklärt der Pariser Berichterstatter der „Times“:

Er erhält von neuem von deutscher Seite die Warnung, daß Ende des Jahres der Zusammenbruch Deutschlands vollstündig sein werde, wenn jetzt nicht ein Wunder geschehe. Eine wesentliche Vorbedingung der Wiederherstellung auch nur des geringsten Kredit sei ein Moratorium. Frankreich wird sich immer noch dagegen wehren. Wenn Frankreich an seinem Entschluß festhält, so werde es wahrscheinlich zu spät sein. Die französische Delegation erlaube keine Herabsetzung der Entschädigung ohne Streichung der internationalen Schulden. Es werde in Frankreich nicht viel Vertrauen in den Berliner Versuch der Reparationskommission gezeugt. Die Hoffnung dürfte jedoch nicht aufgegeben werden. Man könne nur wiederholen, daß jede weitere Verzögerung sicher zum endgültigen Zusammenbruch Deutschlands führen würde.

Deutschland für einen Freistaat Memel.

Der Pariser Botschafter der deutschen Regierung hat in Sachen der Entschädigung über das Memeler Gebiet eine Demarche beim Votschatsrat unternommen. Der deutsche Vertreter in Paris hat den Votschatsrat darauf aufmerksam gemacht, daß das durch den Memeler Oberkommissar Bittens gegebene Versprechen, das dahin laute, daß die Memeler Bevölkerung vor der endgültigen Entscheidung über ihre Meinung und ihre Wünsche befragt werden solle, gehalten werde. Außerdem versicherte der deutsche Botschafter, daß die Reichsregierung sich aufrichtig und loyal an den Artikel 99 des Versailler Vertrages hält, in dem Deutschland auf das Memeler Gebiet zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte verzichtet hat und sich verpflichtet, die Entscheidung dieser Mächte über die künftige staatliche Zugehörigkeit Memels anzuerkennen. Der deutsche Schritt wird in amtlichen Kreisen weniger als Schritt zur Wiedergewinnung Memels durch eine Abstimmung, sondern als Schritt angesehen, der die Stärkung des Standpunktes der Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit einen Freistaat Memel fordert, verfolgt.

Wiederaufbau daneben.

Man schreibt dem „Neuen Wiener Journal“ aus Paris: Von einer Reise durch die zerstörten Kriegsgebiete zurückgekehrt, kann ich Ihnen die merkwürdige Mitteilung machen, daß ein großer Teil der jetzt im Aufbau begriffenen zerstörten Kriegsgebiete nicht an der alten Stelle erfolgt, sondern daß die gräßlichsten Bilder der Zerstörung dauernd erhalten werden, nicht nur als Schandwahrzeichen für den internationalen Fremdenverkehr, sondern als warnendes Mahnzeichen für die bunnischen Taten der Vöcher.

Eine Bitte der französischen Liga für Menschenrechte

Die französische Liga für Menschenrechte ist erneut an die französische Regierung mit der Bitte herangetreten, die offiziellen französischen Veröffentlichungen über den Kriegsausbruch, die bisher drei Bände umfassen und die Entwicklung der Weltlage vom 1. Januar 1912 bis zum 1. August 1914 beinhalten, durch zusätzliche Einnahme der französischen Archive zu ergänzen. Das öffentliche Gewissen werde, so heißt es in der Begründung der Eingabe, erst dann befriedigt sein, wenn alle Dokumente in ihrer authentischen und unverfälschten Fassung wiedergegeben werden und wenn die Zusammenstellung der Texte, wie dies in Deutschland geschehen sei, einem Ausschuss von Männern anvertraut werde, die durch die Sicherheit ihrer wissenschaftlichen Methode und durch ihre Unabhängigkeit qualifiziert seien. Im Gedächtnis von 1914 sei nach einer verwerflichen Methode mehr als ein wichtiger Text ausgelassen oder verfälscht worden.

Die Geheimnisse der Frau Asquith.

In „Sunday Times“ veröffentlicht die Gattin des früheren Ministerpräsidenten (unter dem Namen Margot) den zweiten Teil ihrer Erinnerungen. Diese enthalten einen Abschnitt, der sich mit den Geschehnissen am 29. Juli 1914 befaßt. Frau Asquith erzählt, daß ihr Mann an diesem Tage um 7 Uhr abends nach Hause gekommen sei, um ihr mitzuteilen, daß an alle Flottenkommandanten des Reiches der Geheimbefehl erteilt wurde, Kriegsmahregeln zu treffen. Die Vorschriften für diese Order seien im Jahre 1912, nach Abschluß des Marine-Vertrages mit Frankreich, festgelegt worden. Ferner teilte Asquith seiner Frau mit, man habe in Amerika große Munitionsbestellungen gemacht. Wohlgeachtet, das alles geschah bereits am Mittwoch, dem 29. Juli, nachmittags, also volle zwei Tage, bevor in Deutschland — am Freitag, dem 31. Juli, nachmittags 2 Uhr — der Zustand der drohenden Kriegsgefahr verkündet wurde. Doch geben wir Frau Asquith das Wort:

„Am 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr, kam Henry (Asquith) in mein Schlafzimmer. Ich sah am Ernst seines Gesichtes, sofort, daß etwas geschehen war; er ging beim Reden gewöhnlich auf und ab, aber nun blieb er still stehen. Ich richtete mich auf und wir saßen einander an. „Ich habe an alle Reichsteile“, sagte er, „das Warnungstelegramm geschickt, das alle Regierungssämter benachrichtigt, daß sie sich für Krieg vorbereiten müssen. Wir haben das während zwei Jahre im Verteidigungsausschuß erwogen, und es ist nie zuvor geschehen; wir arbeiteten mehr als anderthalb Stunden, und das letzte Telegramm ging heute nachmittags 3 1/2 Uhr ab. Wir haben weiter vereinbart, die Vertreter der Presse täglich zu empfangen, um ihnen zu sagen, was sie veröffentlichen dürfen und was nicht.“ Tief bewegt und voll Aufregung sah ich die Gemüts-erregung in seinem Gesicht und rief aus: „So ist es so weit gekommen?“ Er nickte, ohne zu reden, küßte mich und verließ das Zimmer.

Am übernächsten Tag, dem 31., kam mein Mann in mein Zimmer, während ich im Bett frühstückte. Da ich gehört hatte, daß die Dinge etwas besser aussehnen, blidte ich ihn voll Erwartung an; er sagte aber nur, er habe alle Hoffnung aufgegeben, und ging aus dem Zimmer. Nach einer langen Kabinettssitzung, an der in der Admiralität zu Mittag und ging dann nach dem Buckinghampalast, wo er eine Stunde beim König verbrachte. Er traf spät im Unterhaus ein, da ihn eine Unterredung mit Geschäftsleuten in

der City aufgehalten hatte. „Sie sind die größten Hasenfüße, mit denen ich je zu tun hatte“, sagte er. „Ich fand sie alle in einem Zustand von Angst, wie alle Weiber in einem Städtchen, die über ihrem Kaffee schnattern.“

Die Lage in England.

Die Wahlbewegung

Glasgow, 29. Oktober. Lloyd George hat sich in einer Rede, die er auf einer Wählerversammlung hielt, mit Ironie über das neu gebildete Kabinett geäußert. Lloyd George erklärte: Es ist ein Glück, daß Bonar Law die Organisation der internationalen Konferenz vertritt. Lloyd George ist bereit, dem Gedanken der Einberufung einer solchen Konferenz weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen, falls es sich voraussichtlich läßt, daß sie zur Beilegung führen wird.

London, 29. Oktober. In vielen Wahlzirkeln verhandeln sich die Konservativen Bonar Law mit den Liberalen Lloyd Georges, um Konflikte in der Wahlzeit zu vermeiden. Die Konservativen haben beschloffen, Lloyd George, Bonar Law und den früheren Ministerpräsidenten Asquith nicht zu bekämpfen.

Asquiths Wahlpolitik.

Amsterdam, 28. Oktober. Aus London wird gemeldet: Asquith hat gestern in Peterborough die Wahlkampagne der unabhängigen liberalen Partei mit einem Angriff eröffnet gegen die Unionisten und gegen die neue Lloyd George-Partei. Er erklärte, die Bonar Law'sche Politik wäre gallerartig. Er, Asquith, könne versprechen, daß sich die Anhänger der Arbeiterpartei von dem Programm Bonar Laws abwenden.

Die Erfolge der Fasjisten.

Nachdem die Fasjisten den Rücktritt des Kabinetts de Facta erzwungen haben, rüsten sie sich in allen Städten Italiens, die Macht in ihre Hände zu nehmen. Es handelt sich bei dem Fasjismus um eine Bewegung, die tiefe Wurzeln im italienischen Volke geschlagen hat. Die große Heerschau, die der Führer Mussolini vor einiger Zeit in Neapel abhielt, zeigte die große Macht der Bewegung über die ganze Bevölkerung. Der Fasjismus wendet sich gegen die schlaife bürgerliche Demokratie und will Farbe, Kraft, das Malerische, das Unerwartete, das Mystische wieder in das Leben der Nation hineintragen. „Wir spielen die Leier auf allen Saiten, von der Gewalt bis Religion, von der Kunst bis zur Politik“ — erklärte Mussolini in Neapel. Selbst der König erkennt die Macht des Fasjismus an und sucht sich bei dieser Bewegung beliebt zu machen, indem er die Verhängung des Belagerungszustandes ablehnt. Von den Staatsmännern nimmt vor allem der greise Giolitti eine entgegenkommende Haltung ein, und auch Ritti steht den Fasjisten freundlich gegenüber. Bis her freilich hat der Fasjismus nur in bewaffnetem Aufstand gegen den Kommunismus, in Demonstrationen, die auf die Massenfeele einwirken sollten, in oppositioneller Haltung gegen die Regierung etwas geleistet; ob er aber zu ernster, aufbauender Arbeit, zur Bewältigung der Finanzschwierigkeiten und der Verwidelungen der auswärtigen Lage fähig sein wird, das ist eine Frage der Zeit. Nötig ist dazu nur, daß sich Mussolini die richtigen Männer aussucht, die diesen Problemen gewachsen sind und daß diese Männer bereit sind, sich ihm zur Verfügung zu stellen.

Auf dem Wege der Diktatur der Fasjisten.

Paris, 29. Oktober. Der „Matin“ meldet aus Mailand: Die Fasjisten sind Herren der Lage. Sie haben ihr Hauptquartier besetzt und das Polizeikommando besetzt. Dasselbe Blatt meldet aus Rom, daß in dem Manifest der Fasjisten gesagt ist, daß das Ziel der Aktion der Fasjisten die Bildung einer ausschließlich nationalistischen Regierung sei.

Mailand, 29. Oktober. Die Fasjisten haben im Laufe der Nacht die Kaserne der Bersagliere (Scharfschützen) besetzt. Die Besetzung ging ohne Zwischenfälle von statten. Wien, 29. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Genf: Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ist es in Cremona zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die Fasjisten haben den Bahnhof und die Redaktion des Blattes „La Provincia“ besetzt. Eine Abteilung Königsgardien und Carabinieri hat ohne Befehl ihrer Kommandanten die Fasjisten angegriffen. Vier Fasjisten sind getötet und zwölf verwundet worden. In San Giovanni sind zwei Carabinieri und ein Fasjist getötet worden. Bisher verhalten sich die mobilisierten Fasjisten ruhig. Heute sind alle Redaktionen der Mailänder Blätter durch die Führung der Fasjisten davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sie im Sinne der Bestimmungen des Oberkommandos der Kontrolle unterworfen werden. „Corriere della Sera“ hat gegen diesen Terror vier Überhaupt gegen alle Gewalttaten der „Schwarzhemden“ protestiert. Sehr viele Fasjisten sind aufs Land gefahren, um dort eine Mobilisierung in die Wege zu leiten. In Stenna haben die Fasjisten die Kaserne besetzt und, nachdem sie Waffen und Munition an sich genommen hatten, sich wieder in ihre Quartiere begeben. Die Regierungstruppen haben in Mailand, Cremona und Piacenza viele Häuser umstellt. In Florenz hat die Aktion am Freitagabend begonnen. Die Fasjisten haben die Post, das Telephonamt sowie die Präfektur besetzt. Militärische Kreise, die bezüglich der Fasjisten infolge Bekanntgabe republikanischer Tendenzen bisher gewisse Einwände hatten, haben nach der letzten von Mussolini in Neapel abgegebenen Erklärung, in der dieser für den König erklärte, ihre Haltung geändert. In Italien glaubt niemand daran, daß ein Kabinett ohne Teilnahme der Fasjisten zustande kommen kann. Es bleibt jedoch fraglich, ob sich das ganze Land ohne Widerstand der Diktatur der Fasjisten unterwerfen wird.

Der König bleibt.

Wien, 29. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ meldet, daß die Fasjisten ein Manifest veröffentlicht haben, in dem sie verkünden, weder gegen den König, noch gegen die Bevölkerung vorgehen zu wollen. Sie werden dafür Sorge tragen, daß Viktor Emanuel auf dem Thron bleibt. Sie bekämpfen lediglich die Regierung, in der nicht der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt.

Versuche einer Kabinettsbildung.

Rom, 29. Oktober. Der König konferierte mit dem Führer der Nationalisten de Rada. „Giornale d'Italia“ meldet, daß der König auch mit Beca, dem Hauptanführer der Miliz der Fasjisten, konferiert hat. Die Presse erzählt, daß Salandra auf halbamtlichem Wege die Mission der Kabinettsbildung angetragen worden ist. Er ist jedoch auf Schwierigkeiten gestoßen, da ihm Mussolini seine Unterstützung versagt hat.

Kein Belagerungszustand.

Rom, 29. Oktober. Blättermeldungen zufolge hat der König die Unterzeichnung des Dekrets, das den Belagerungszustand erklärt, abgelehnt. Heute haben die Truppen der Fasjisten, die sich vor dem Quirinal versammelten, den König, der sich auf dem Balkon zeigte, mit lang anhaltendem Beifall begrüßt.

Mussolini selbst Ministerpräsident.

Rom, 29. Oktober. Da Salandra die Neubildung des Kabinetts abgelehnt hat, hat der König die Mission der Kabinettsbildung Mussolini übertragen.

Rom, 29. Oktober. Der König hielt eine Reihe von Beratungen über die Lösung der Ministerkrise ab.

Die rumänische Außenpolitik.

Außenminister Duca sprach sich gegenüber dem Auslandsauschuss über die laufenden Fragen der Außenpolitik Rumäniens aus. Der Minister betonte, daß Rumänien bezüglich des Zwischenfalls, der sich anlässlich der Krönung des rumänischen Königspaares im ungarischen Parlament ereignete, bei der ungarischen Regierung diplomatische Schritte unternommen habe. Minister Duca sagte, daß derartige feindliche Kundgebungen keinesfalls dazu beitragen können, die nachbarlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn intimer zu gestalten. Dann setzte der Minister den Ausschuss davon in Kenntnis, daß er Erklärungen der tschechoslowakischen und der südslawischen Regierung in Händen habe, in denen sich diese Staaten der Demarche Rumäniens anschließen. Bei der Verhändlung zu Sowjetrußland und die Abrüstungskonferenz betrieft, die in Moskau stattfinden soll, so seien die in dieser Hinsicht bestehenden Schwierigkeiten überwunden worden. Eine Diskussion über die besarabische Frage, die Rumänien als geregelt ansehe, werde Rumänien bei keiner Gelegenheit aufnehmen. Rumänien wird keine Delegation nach Moskau schicken. Es hat sich an Polen mit der Bitte gewandt, im Namen Rumäniens dessen Verhandlungsmandat zu übernehmen. Bezüglich des Konflikts im nahen Osten betrat der Minister die Meinung, daß dank der vernünftigen Politik Frankreichs der gefährlichste Zeitabschnitt bereits vorüber sei. Duca stellte fest, daß ein Projekt besteht, aus Thrakien einen internationalen Zentralkorridor zu machen. Diesem Projekt scheint England wohlwollend gegenüberzustehen. Frankreich hat sich zu dieser Frage noch nicht geäußert.

Sowjetrußland.

Rücktritt Lenins ins Privatleben.

Paris 27. Oktober. (Tel.-U.) Daily Express erzählt, daß Rigaer Moskauer Meldungen zufolge, Lenin endgültig seine Stellung als Diktator niedergelegt und sich auf das Land zurückgezogen hätte. Man glaube, daß er sich von seinem leidenden Zustande nicht mehr erholen werde.

Lenins Auftreten auf dem vierten kommunistischen Kongress.

Moskau, 28. Oktober. (Tel.-U.) Lenin wird auf dem am 7. und 8. November stattfindenden kommunistischen Kongress erscheinen und dort das Referat über die Perspektive der Weltrevolution halten. Unterrichtete Kreise bemerken kategorisch die Meldungen, daß Lenin und französische Zeitungen, wonach sich Lenin wegen seines leidenden Gesundheitszustandes von seiner politischen Betätigung zurückziehen und auf dem Lande zur Ruhe setzen will.

Die Moskauer Abrüstungskonferenz.

Berlin, 28. Oktober. Blättermeldungen zufolge wird die Moskauer Abrüstungskonferenz unter Teilnahme Polens und Vertretern der baltischen Staaten am 12. November stattfinden.

Ausweisung von Optanten.

Riga, 28. Oktober. Der Petersburger Gouvernementsvollgungsausschuss hat einen Beschluß gefaßt, der die Ausweisung aller estnischen, polnischen und litauischen Optanten aus Rußland betrifft.

Deutsches Reich.

Professor Soeck über Deutschlands Außenpolitik.

Auf dem Göttinger Parteitag der Deutschen Nationalen Partei hielt Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Soeck einen Vortrag über die Grenzmarken im Rahmen der auswärtigen Politik. Im Rahmen eines Grenzmarkenprogramms behandelte der Redner dann die auswärtige Politik und erörterte nach einer Übersicht über die augenblickliche Weltlage ausführlich die Frage der augenblicklichen Weltorientierung Deutschlands. Deutschland ist von einem dichten Netz der Verträge umgeben. Dieses Netz ändert sich mit den Fortschritten der Weltkonstellation, für die Deutschland einiges, aber nicht das Entscheidende tun kann, für die es sich aber vorbereiten kann, innerlich geschloffen, gerüstet, voll nationaler Würde und nationalen Mutes dazustehen, wie die Türken heute unter Kemal und die Preußen 1912. Eine Verständigung mit Frankreich scheint unmöglich; unsere Stimmung und historische Erfahrung zieht uns heute zu England hin, das an der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts ganz entscheidend interessiert ist. Die Bedeutung des Völkerbundes unterschätzen wir nicht, aber wir drängen uns nicht hinein. (Lebhafte Zustimmung.)

Der bevorstehende Rücktritt Lerkensfelds. Wie die Telegramm-Union zur bayerischen Ministerpräsidentenkrise hört, wird Graf Lerkensfeld ein Rücktrittsgesuch einreichen, aber erst dann, wenn mit den Koalitionsparteien über die Frage seines Nachfolgers die notwendigen Verhandlungen gepflogen worden sind. Als neuer Ministerpräsident kommt der jetzige Staatsrat im Justizministerium, Dr. Maher, in Frage.

Feuer in einer Flugzeugfabrik. In der Rumpler-Flugzeugfabrik bei Berlin ist Feuer ausgebrochen. Die durch das Feuer verursachten Schäden betragen gegen 200 Millionen Mark.

Die neuen Ruhrkohlenpreise. Die neuen Preise für die westfälische Bettförderkohle sind um 2600 Mark exklusive Steuer erhöht worden. Der letzte Preis betrug 5050 Mark inklusive Steuer, der neue also 7650 Mark.

Geraubte Goethe-Reliquien. Im Goethe-Museum in Weimar wurde Goethes Uhr, seine Trauringe und ein goldener Becher gestohlen.

Die neuen Gaspreise in Berlin. In Berlin ist der Gaspreis mit Wirkung von der Standaufnahme im Monat November ab einheitlich auf 41 Mark für das Kubikmeter festgesetzt worden.

Freistaat Danzig.

Noten der Danziger Zigarettenfabrikanten. Die „Danz. Neuest. Nachr.“ geben in ihrer Polemik mit der „Gazeta Gdanska“ zu, Danziger Zigarettenfabrikanten haben sich an das polnische Ministerium für Handel und Industrie gewandt mit einem Schreiben, in dem sie bitten, den Zoll für Zigaretten zu erhöhen, um der ungeheuer großen Einfuhr deutscher Zigaretten nach Danzig, welche die Zigarettenindustrie Danzigs bedroht, entgegenzutreten. Die „Danz. Neuest. Nachr.“ drücken ihr Erstaunen darüber aus, daß sich die Danziger Industriellen unmittelbar an die polnische Regierung, ohne Vermittelung der Danziger Regierung gewandt haben.

Aus aller Welt.

Die Memeler Angelegenheit. Nach Meldungen aus Memel hat der Kommissar der alliierten Mächte, Petisne, nach seiner Rückkehr aus Paris am vergangenen Sonnabend Vertreter der Berufsverbände empfangen, denen er erklärte, daß der vom Votschatsrat ins Leben gerufene Ausschuss für die Angelegenheiten Memels die Wünsche der Memeler Vertreter entgegenzunehmen wünsche. Angesichts dessen wird sich in den nächsten Tagen eine Delegation aus Memel nach Paris begeben.

Eine neue irische Regierung. Die Blätter melden aus Dublin, daß die irische republikanische Partei beschloffen hat, eine neue Regierung unter Vorsitz de Valeros zu bilden. Zur neuen Regierung sollen u. a. Vargon, der den englisch-irischen Vertrag unterzeichnet hat, sowie die Witwe des Vürgermeisters von Cork gehören.

Sobiel für heute. Was in der Welt passiert, weiß ich nicht, da der Bauer keine Zeitung hält. Grüß mir Deine Eltern und Brüder recht herzlich und lasse mich etwas von Euren Erlebnissen im Polenreich hören. Sei recht herzlich begrüßt von Deinem Vetter

